

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 19. Januar 1987
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Catenhusen (SPD)	40, 41	Kolb (CDU/CSU)	29, 30, 39, 57, 58
Curdt (SPD)	19	Dr. Kübler (SPD)	49, 50, 51
Dr. Czaja (CDU/CSU)	8, 9, 10	Löffler (SPD)	20
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	1, 2, 3, 4	Dr. Nöbel (SPD)	12
Daweke (CDU/CSU)	45, 46	Ranker (SPD)	26
Delorme (SPD)	6, 7	Schemken (CDU/CSU)	56
Duve (SPD)	15	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	47, 48
Dr. Ehrenberg (SPD)	38	Dr. Soell (SPD)	24
Fischer (Homburg) (SPD)	59, 60, 61	Dr. Spöri (SPD)	21
Gansel (SPD)	42	Stahl (Kempen) (SPD)	62, 63
Frau Geiger (CDU/CSU)	44	Stiegler (SPD)	5, 25
Hansen (Hamburg) (SPD)	16, 17, 18	Frau Terborg (SPD)	22, 23
Hinsken (CDU/CSU)	32, 33	Vosen (SPD)	64, 65, 66
Dr. Hirsch (FDP)	13, 14	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	34, 35
Hoffie (FDP)	53, 54, 55	Würtz (SPD)	11
Immer (Altenkirchen) (SPD)	31, 43, 52	Zander (SPD)	36, 37
Dr. Jens (SPD)	27, 28		

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD) 1	Duve (SPD) 5
Besuch des rechtsextremen Verlags Grabert und Hohenrain bei der Frankfurter Buchmesse durch Bundeskanzler Dr. Kohl; Werbung des Verlags mit diesem Buch	Gespräche des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger (Bundesministerium des Innern) mit nicaraguanischen Contras während seiner letzten Reisen nach Zentralamerika
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	
Stiegler (SPD) 2	Hansen (Hamburg) (SPD) 6
Deutsch-amerikanische Gespräche über die Zukunft der deutschen Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften	Wahl Hamburgs als Standort für den Internationalen Seegerichtshof und Zahl der damit entstehenden Arbeitsplätze
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	
Delorme (SPD) 2	Curdt (SPD) 7
Bundesmittel für die Teilnahme des „Deutschen Gehörlosen-Theaters“ am Kulturprogramm des X. Weltkongresses der Gehörlosen	Mehrbelastungen für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung durch Änderung des Einkommen- und Lohnsteuertarifs
Dr. Czaja (CDU/CSU) 3	Löffler (SPD) 7
Zahl der bei den deutschen Auslandsvertretungen beschäftigten deutschen und nichtdeutschen Ortskräfte	Steuerliche Behandlung einer im Laufe des Jahres 1987 wirksam werdenden Änderung des Einkommensteuertarifs in der Steuererklärung
Dr. Czaja (CDU/CSU) 3	Dr. Spöri (SPD) 8
Voraussetzungen zur Gewährung von Bundeshilfen für die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen	Verwaltungsaufwand einer Änderung des Einkommen- und Lohnsteuertarifs im Laufe eines Kalenderjahres
Dr. Czaja (CDU/CSU) 4	Frau Terborg (SPD) 8
Rüstungsminderung der DDR und internationale Kontrolle	EG-weite Erhöhung der Zollfreigrenzen für Geschenksendungen aus Drittländern
Würtz (SPD) 4	Dr. Soell (SPD) 8
Haltung der Bundesregierung gegenüber dem türkischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in den EG	Rechnerische Einbeziehung der Gemeindesteuer zu zwei Drittel und Anhebung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer auf 350% in die Finanzausgleichsberechnungen
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	
Dr. Nöbel (SPD) 5	Stiegler (SPD) 9
Gründe für den Rücktritt des Personalrats beim Bundesminister des Innern	Konkurse und sich daraus ergebende Arbeitsplatzverluste im Zonenrandgebiet von 1980 bis 1986
Dr. Hirsch (FDP) 5	Ranker (SPD) 9
Einwendungen gegen die Verlegung des Alterswohnsitzes von Pensionären aus EG-Ländern in die Bundesrepublik Deutschland	Finanzierung der angekündigten Steuer-tarifsenkungen für 1990

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Dr. Jens (SPD) 11	den britischen Truppenübungsplatz Münster-Dorbaum; bauliche Verände- rungen auf diesem Platz seit 1985
Einbeziehung der vorgeschlagenen Steuer- senkung in die Prognose des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs für das Wirtschafts- wachstum 1987; Begründung der Unter- schiede zur Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung	Gansel (SPD) 18
Kolb (CDU/CSU) 11	Weiterbeschäftigung arbeitsloser Jugend- licher ohne Arbeitsplatz nach der Aus- bildung beim Marinearsenal Kiel bis zum Beginn ihres Wehrdienstes
Grundlage für die Bekanntgabe des Brutto- sozialprodukts 1986 am 7. Januar 1987 durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes	
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Immer (Altenkirchen) (SPD) 12	Immer (Altenkirchen) (SPD) 18
Einkommensverluste für die deutsche Land- wirtschaft durch die DM-Aufwertung und Ausgleich	Verbot der Verwendung des Schaummittels Dioxan in Spül-, Haarwasch- und Babybademitteln
Hinsken (CDU/CSU) 13	
Unterstützung der Landwirtschaft gegen die Auswirkungen der DM-Aufwertung	Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	Frau Geiger (CDU/CSU) 19
Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU) 14	Pläne der Deutschen Bundesbahn im Zusammenhang mit dem Bahnhof Uffing am Staffelsee
Zahl der arbeitslosen Familienernährer, der Arbeitslosen mit beschäftigten Ehepartnern und der Arbeitslosen, die eine Teilzeit- beschäftigung suchen	Daweke (CDU/CSU) 19
Zander (SPD) 15	Aufrechterhaltung des Schienenpersonenver- kehrs auf der Strecke Bielefeld—Lemgo; attraktivere Gestaltung der Verbindung
Zahl der seit 1980 als arbeitslos registrierten sowie sich arbeitslos gemeldeten Personen	Schulze (Berlin) (CDU/CSU) 20
Dr. Ehrenberg (SPD) 16	Beseitigung der Straßenschäden auf der Transitstrecke bei Bitterfeld durch die DDR; Verbesserung des DDR-Pannendienstes
Behandlung der Krankenversicherungs- beiträge bei der Berechnung des Rentenniveaus ab 1983	Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Kolb (CDU/CSU) 17	Dr. Kübler (SPD) 20
Unmöglichkeit einer Aussage über die Beschäftigtenzahl vom Oktober 1986 durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes	Bekanntgabe der Ergebnisse der Biblis- Kommission; Überprüfung des Blocks B des Kernkraftwerks Biblis
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	Immer (Altenkirchen) (SPD) 21
Catenhusen (SPD) 17	Gründe der Bundesregierung für das Fest- halten an der steuerlichen Förderung von Dieselfahrzeugen angesichts der wissen- schaftlich nachgewiesenen krebsfördernden Wirkung der Abgase
Verlagerung militärischer Übungen der in Handorf stationierten Einheiten auf	

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	
Hoffie (FDP) 22	Fischer (Homburg) (SPD) 25
Gründe der Deutschen Bundespost für die Nichtzuschaltung des Senders „Hohe Wurzel“ zur Versorgung des Raumes Rheinhessen-Mainz mit den Programmen des privaten UKW-Hörfunksenders Radio 4; Ausgleich der Verluste für entgangene Werbeaufträge	Deutsche Beteiligung am COLUMBUS-Projekt und Auswirkungen angesichts der Absicht der USA, die Raumstation militärisch zu nutzen; Durchsetzung der deutschen und europäischen Interessen an der Materialforschung unter Schwerelosigkeit
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
Schemken (CDU/CSU) 23	Stahl (Kempfen) (SPD) 26
Würdigung des Lebenswerks von Nikolaus Ehlen zu dessen 100. Geburtstag am 9. Dezember 1986	Angebot von Präsident Reagan beim Weltwirtschaftsgipfel 1984 hinsichtlich einer Beteiligung an der US-Raumstation; Beteiligungsmöglichkeiten der ESA in Paris
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	
Kolb (CDU/CSU) 24	Vosen (SPD) 27
Zahl der mit der Erforschung von AIDS befaßten Institute und Umfang der Forschungsmittel	Militärische Nutzung der geplanten Welt- raumstation durch die USA und Unter- richtung des Bundestags-Ausschusses für Forschung und Technologie über die geänderte Lage; Zeitplan der Verhandlungen über das Projekt

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Warum hat Bundeskanzler Kohl, wie „DIE ZEIT“ vom 9. Januar 1987 berichtet, auf der Frankfurter Buchmesse ausgerechnet dem unter Grabert und Hohenrain firmierenden, auch von der „ZEIT“ als rechtsextrem bezeichneten Verlag seine Aufmerksamkeit gemacht und für dessen rechtsextreme Schriften deutliches Interesse bekundet?

Antwort des Staatsministers Vogel vom 22. Januar 1987

Bundeskanzler Kohl besucht die Frankfurter Buchmesse schon seit vielen Jahren, um sich einen Überblick über die Neuerscheinungen der deutschen und ausländischen Verlage zu verschaffen. Da die Organisation der Buchmesse die Anordnung der Stände nicht nach politischen Gesichtspunkten ausrichtet, ist es unvermeidlich, daß der Bundeskanzler bei seinem vom Vorsteher des Börsenvereins geführten Rundgang auch an Verlagsstände kommt, deren Programm mit seinen politischen Überzeugungen nicht übereinstimmt. Grundsätzlich interessiert sich der Bundeskanzler für alle Neuerscheinungen vor allem mit politischen Inhalten; links- und rechtsradikale Inhalte lehnt er gleichermaßen ab.

2. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Hat Bundeskanzler Kohl seine Zustimmung dazu erteilt, daß der rechtsextreme Grabert/Hohenrain-Verlag, der neonazistische Literatur wie z. B. Wilhelm Stäglichs „Auschwitz-Mythos“ oder Ingrid Weckerts „Feuerzeichen“ vertreibt, mit dem Besuch des Bundeskanzlers auf der Frankfurter Buchmesse und dem von ihm deutlich bekundeten Interesse Werbung betreibt?

Antwort des Staatsministers Vogel vom 22. Januar 1987

Nein.

3. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Für den Fall, daß Bundeskanzler Kohl seine Zustimmung dazu nicht erteilt haben sollte, hat der Bundeskanzler Schritte unternommen, um diese Werbung zu unterbinden?

Antwort des Staatsministers Vogel vom 22. Januar 1987

Der Bundeskanzler hat von der Werbung mit seinem Bild erst durch „DIE ZEIT“ vom 9. Januar 1987 erfahren. Er hat keine Schritte unternommen, diese Werbung zu unterbinden.

4. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Wenn dies so sein sollte, wann und in welcher Form ist dies geschehen?

**Antwort des Staatsministers Vogel
vom 22. Januar 1987**

Er hat auf die Einleitung gerichtlicher Schritte verzichtet, weil er sonst Hunderte von Verfahren wegen nichtgenehmigter Bilder für Werbezwecke anstrengen müßte.

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Diskussion zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Zukunft der deutschen Zivilbeschäftigten bei den Stationierungstreitkräften, und welche Aussichten bestehen, den vom Kongreß der USA verlangten Personalabbau deutscher Arbeitnehmer zu verhindern?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 16. Januar 1987**

Die Bundesregierung steht über Fragen der deutschen Zivilbeschäftigten bei den Stationierungstreitkräften – wie ich bereits auf Ihre Frage 66 (Plenarprotokoll 10/244, Anlage 35) mitgeteilt habe – im ständigen Kontakt mit der amerikanischen Regierung. Sie hat ihre Besorgnisse um einen möglichen Personalabbau zum Ausdruck gebracht und wird dies weiterhin tun. Ich verweise im übrigen auf die Feststellung in meiner Antwort auf Ihre oben aufgeführte Frage, daß die amerikanischen Streitkräfte der Bundesregierung zugesichert haben, keine deutschen Arbeitnehmer zu entlassen, um Plätze für US-Familienangehörige zu schaffen.

6. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Teilnahme des „Deutschen Gehörlosen-Theaters“ am Kulturprogramm des X. Weltkongresses der Gehörlosen im Juli 1987 in Helsinki ebenso zu fördern, wie dies seit 1967 bei den alle vier Jahre stattfindenden Gehörlosen-Weltkongressen der Fall war?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 16. Januar 1987**

Das Auswärtige Amt hat aus den ihm zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln die Teilnahme des „Deutschen Gehörlosen-Theaters“ an Weltkongressen 1967 in Warschau, 1971 in Paris und 1983 in Palermo unterstützt. Von einem alle vier Jahre turnusmäßig wiederkehrenden Weltkongreß der Gehörlosen war hierbei jedoch nicht die Rede. Die Anträge wurden von Fall zu Fall geprüft und je nach Lage der verfügbaren Haushaltsmittel beschieden.

1975 hat das Goethe-Institut einen Zuschuß zur Teilnahme an dem Weltkongreß in Washington zur Verfügung gestellt. 1979 gelang es dem Auswärtigen Amt – da seine eigenen Mittel zum Zeitpunkt der Antragstellung vergeben waren –, einen privaten Spender zu finden.

Das Auswärtige Amt wäre grundsätzlich auch 1987 zu einem Zuschuß für die Teilnahme am X. Weltkongreß in Helsinki bereit gewesen, wenn die Mittel dafür zur Verfügung gestanden hätten.

7. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Ist die Bundesregierung willens, den ablehnenden Bescheid des Auswärtigen Amtes zu korrigieren, nach dem die Übernahme der Kosten in Höhe von 58 000 DM wegen der sechsprozentigen Haushaltssperre des Bundes und weil der Antrag (vom 1. Dezember 1986!) zu spät gestellt worden sei, nicht möglich ist?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 16. Januar 1987**

Der Antrag für 1987 ist nicht wegen Fristversäumnis abgelehnt worden; er mußte abgelehnt werden, weil zum Zeitpunkt des Antrags im Dezember 1986 die knappen Mittel für 1987 bereits restlos vergeben waren. An dieser Sachlage hat sich bis heute nichts geändert, zumal inzwischen durch das Haushaltsgesetz eine sechsprozentige Haushaltssperre festgelegt worden ist. Eine Korrektur des ablehnenden Bescheids durch das Auswärtige Amt ist daher leider nicht möglich.

8. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie viele deutsche und wie viele nichtdeutsche Ortskräfte werden bei unseren Auslandsvertretungen beschäftigt?

**Antwort des Staatsministers Dr. Stavenhagen
vom 15. Januar 1987**

Zahl der deutschen Ortskräfte:	910
Zahl der nichtdeutschen Ortskräfte:	899

(Angaben nach dem Stand vom 7. Januar 1987)

9. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Werden die Bundeshilfen für die sogenannten deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in Zukunft nur unter der Voraussetzung fortgesetzt, daß sich Folgerungen auch in den polnischen Schulbüchern nachweisen lassen und Bemühungen um eine verbesserte, wahrheitsgemäße Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen keinen ideologischen Einschränkungen unterliegen?

**Antwort des Staatsministers Dr. Stavenhagen
vom 15. Januar 1987**

Das Auswärtige Amt gewährt keine Bundeshilfen für die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Vielmehr wird aus den Mitteln in Kapitel 05 04 Titel 686 59, BA 3 (1987: 350 000 DM) die wissenschaftliche Arbeit der Schulbuchkommission über das Georg-Eckert-Institut gefördert. Es ist beabsichtigt, diese Arbeit fortzusetzen.

Was die Umsetzung der genannten Empfehlungen angeht, so sind erfreulicherweise auch in polnischen Schulbüchern Fortschritte festzustellen. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Untersuchung von Dr. Enno Meyer erwähnen, die in Nummer 4/82 der vom Georg-Eckert-Institut herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Schulbuchforschung“ veröffentlicht wurde.

10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die DDR bereit, im Sinne von Artikel 5 letzter Satz des Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 die Rüstungsminderung auf ihrem Gebiet „unter wirksame internationale Kontrolle“ zu stellen?

**Antwort des Staatsministers Dr. Stavenhagen
vom 15. Januar 1987**

Gemäß Artikel 5 Abs. 3 des Grundlagenvertrages werden „die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen“.

Die DDR nimmt an wichtigen multilateralen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung teil, insbesondere an den MBFR-Verhandlungen in Wien sowie an den Verhandlungen über ein weltweites und umfassendes Verbot chemischer Waffen in der Abrüstungskonferenz in Genf. In beiden Gremien spielt die Verifikation durch Maßnahmen internationaler Kontrolle, insbesondere Inspektionen vor Ort, eine wichtige Rolle.

Die bisherige Haltung der Staaten des Warschauer Pakts in beiden Gremien zur Frage der Überprüfung, insbesondere von Inspektionen vor Ort, entspricht nach Auffassung der Bundesregierung noch nicht den für eine zuverlässige Kontrolle notwendigen Kriterien.

Die Tatsache, daß die DDR wie auch die anderen WP-Staaten im Rahmen der KVAE im Stockholmer Dokument vom 22. September 1986 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen Inspektionen vor Ort ohne Ablehnungsrecht zugestimmt hat, ist positiv zu bewerten und sollte eine Weiterentwicklung ihrer Position zu wirksamer internationaler Kontrolle in den anderen Foren ermöglichen.

11. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Haltung wird die Bundesregierung in der EG einnehmen, wenn die Türkei – wie von Ministerpräsident Ozal im Parlament in Ankara angekündigt – im Jahr 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft stellen wird?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 21. Januar 1987**

Das Assoziationsabkommen mit der Türkei behandelt in Artikel 28 die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei unter folgender Voraussetzung: „Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, daß die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“

Abgesehen von der Prüfung dieser Voraussetzung wird die Haltung der Bundesregierung die Stellungnahme der Europäischen Kommission mit einbeziehen müssen, die nach Artikel 237 des EWG-Vertrages zunächst einzuholen wäre.

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Welche Gründe hat der Personalrat beim Bundesminister des Innern für seinen Rücktritt angegeben?

**Antwort des Staatssekretärs Kroppenstedt
vom 14. Januar 1987**

Die Personalvertretung ist ein internes Organ der Dienststelle. Bei den Beziehungen zwischen Dienststellenleitung und Personalrat handelt es sich deswegen um verwaltungsinterne Vorgänge, die besonderem Schutz unterliegen. Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie auch im vorliegenden Fall, die persönlichen Belange einzelner Beschäftigter berührt sind oder berührt sein können.

13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Trifft es zu, daß Pensionäre aus EG-Ländern mit ausreichender Altersversorgung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn sie ihren Alterswohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland verlegen wollen?

14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Einwendungen stehen einem solchen Begehren entgegen?

**Antwort des Staatssekretärs Neusel
vom 15. Januar 1987**

Nach derzeit geltendem Europäischem Gemeinschaftsrecht genießen Freizügigkeit nur diejenigen Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der EG, die in einem anderen Mitgliedstaat eine Erwerbstätigkeit ausüben oder ausgeübt haben und verbleibeberechtigt sind, sowie deren Familienangehörige. Die nicht freizügigkeitsberechtigten Staatsangehörigen der anderen EG-Staaten unterliegen weiterhin uneingeschränkt dem deutschen Ausländerrecht. Zu diesem Personenkreis gehören die Rentner und Pensionäre aus den anderen Mitgliedstaaten.

Soweit der Bundesregierung bekannt ist, werden jedoch in der ausländerbehördlichen Praxis in der Regel auch die gemeinschaftsrechtlich nicht privilegierten EG-Angehörigen einschließlich der Rentner/Pensionäre aus anderen Mitgliedstaaten gegenüber Ausländern aus Nicht-EG-Staaten insoweit begünstigt, als gegen ihre Zuwanderung ins Bundesgebiet grundsätzlich keine einwanderungspolitischen oder sonstigen generellen Bedenken erhoben werden.

Auch den nicht freizügigkeitsberechtigten EG-Ausländern ist allerdings die Aufenthaltserlaubnis nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Ausländergesetzes zu versagen, wenn im Einzelfall zu besorgen ist, daß die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt, insbesondere wenn etwa der Nachweis eines ausreichenden Krankenversicherungsschutzes fehlt.

15. Abgeordneter
Duve
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, ob der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Spranger, im Zusammenhang mit seinen jüngsten Reisen nach Zentralamerika mit Mitgliedern der

gegen die Regierung von Nicaragua kämpfenden sogenannten ‚Contras‘ zusammengetroffen ist, und war dies mit dem Auswärtigen Amt einvernehmlich abgesprochen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Waffenschmidt vom 20. Januar 1987

Auf Ihre schriftliche Frage vom 12. Januar 1987 (Arbeits-Nr. 90) teile ich Ihnen mit, daß der Parlamentarische Staatssekretär Spranger mit Mitgliedern der sogenannten Contras nicht zusammengetroffen ist.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Welche Einflußmöglichkeiten nutzt die Bundesregierung, um Hamburg als Standort für den Internationalen Seegerichtshof durchzusetzen? |
| 17. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Wie schätzt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten ihrer Bemühungen ein, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen? |

Antwort des Staatssekretärs Dr. Kinkel vom 21. Januar 1987

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist bereits im Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen von 1982 als Sitz des Internationalen Seegerichtshofs ausgewiesen. Die Sitzentscheidung wurde allerdings in der Erwartung getroffen, daß der vorgesehene Sitzstaat bei Inkrafttreten des SRÜ, d. h. ein Jahr nach Hinterlegung der 60. Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde, Vertragsstaat sein soll. Wann mit einem Inkrafttreten des SRÜ gerechnet werden muß, läßt sich noch nicht absehen. Zur Zeit liegen 32 Ratifikationen vor. Kein bedeutender Industriestaat hat das SRÜ bisher ratifiziert.

Die Bundesrepublik Deutschland hat – wie auch andere Industriestaaten – ihren Beitritt zum SRÜ davon abhängig gemacht, daß ein allseits annehmbares Tiefseebergbauregime vereinbart werden wird. Die Bundesregierung arbeitet in diesem Sinne auch in der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof intensiv mit. Darüber hinaus werden zur Zeit die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Gerichtshof im Zeitpunkt seiner Errichtung seine Arbeit in Hamburg aufnehmen kann. Dazu hat die Bundesregierung am 17. Dezember 1986 beschlossen:

„Die Bundesregierung bekräftigt ihr besonderes Interesse an der Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie steht zu der Entscheidung der Dritten Seerechtskonferenz vom 21. August 1981 zugunsten Hamburgs als Sitz dieses Gerichtshofs. Sie sieht sich auf Grund dieser Entscheidung verpflichtet sicherzustellen, daß der Gerichtshof im Zeitpunkt seiner Errichtung seine Arbeit in Hamburg aufnehmen kann. Im Sinne dieser Verpflichtung wird die Bundesregierung im Zusammenwirken mit der Freien und Hansestadt Hamburg die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.“

18. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- Wie viele Arbeitsplätze können nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Ansiedlung des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg geschaffen werden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Kinkel
vom 21. Januar 1987

Die wirtschaftlichen Vorteile, die Hamburg aus dem Internationalen Seegerichtshof erwachsen, ergeben sich vor allem aus der Aufwertung der Hafen- und Handelsstadt zu einem Zentrum auch des Seevölkerrechts und der Internationalen Streitbeilegung in allen Fragen der Meeresnutzung. Ein Großteil der Personal- und Sachausgaben für diese internationale Einrichtung fließen nach Hamburg. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Anwesenheit zahlreicher mit Verfahren vor dem Gerichtshof befaßter Personen, aus der Verstärkung der Konsulate seefahrender Nationen in Hamburg um Experten für das Seevölkerrecht und der Zugewinn an Attraktivität für Hamburg durch internationale Kongresse und sonstige Veranstaltungen sowie von zahlreichen Besuchern, die durch eine solche internationale Einrichtung angezogen werden. Die aus diesen wirtschaftlichen Vorteilen erwachsende Anzahl an Arbeitsplätzen läßt sich nicht abschätzen.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter
Curdt
(SPD)
- Welche Mehrbelastungen für die Steuerpflichtigen und die Finanzverwaltung würde eine im Laufe eines Kalenderjahres wirksam werdende Änderung des Einkommen- und Lohnsteuertarifs mit sich bringen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 16. Januar 1987

Eine im Laufe des Kalenderjahres 1987 wirksam werdende Änderung des Steuertarifs würde zu erheblichen verwaltungsmäßigen und bürokratischen Mehrbelastungen für Steuerpflichtige, Arbeitgeber und Steuerverwaltung führen. Bei den Arbeitgebern würde zum Beispiel die kurzfristige Änderung der Lohnsteuerberechnung auf große Schwierigkeiten stoßen.

Es gibt bisher aber keine Anhaltspunkte, die eine solche Tarifänderung im Jahr 1987 als notwendig erscheinen lassen.

20. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Würde eine im Laufe des Jahres 1987 wirksam werdende Änderung des Einkommensteuertarifs dazu führen, daß die Steuerpflichtigen ihre Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1987 auf zwei Zeiträume aufteilen müßten und daß z. B. Gewerbetreibende, deren Wirtschaftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, eine Zwischenbilanz aufstellen müßten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 15. Januar 1987

Eine innerhalb des Kalenderjahrs (1987) wirksam werdende Tarifänderung könnte – je nach Ausgestaltung – dazu führen, daß die Einkünfte getrennt ermittelt und von buchführenden Unternehmen für jeden Zeitraum Bilanzen erstellt werden müßten. Es gibt bisher aber keine Anhaltspunkte, die eine solche Tarifänderung als notwendig erscheinen lassen.

21. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand für möglich, eine im Laufe eines Kalenderjahres wirksam werdende Änderung des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs vorzunehmen, und wenn ja, welche Mehrbelastung für die Steuerpflichtigen, die Arbeitgeber und die Finanzverwaltung würde eine derartige Änderung mit sich bringen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 17. Januar 1987

Eine im Laufe eines Kalenderjahres wirksam werdende Änderung des Einkommensteuertarifs (der auch für den Bereich der Lohnsteuer gilt) würde zu Mehrbelastungen für Steuerpflichtige, Arbeitgeber und Steuerverwaltung führen. Es gibt bisher aber keine Anhaltspunkte, die eine solche Tarifänderung im Jahr 1987 als notwendig erscheinen lassen.

22. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Erhöhung der Wertgrenze für die Zollfreiheit von Geschenksendungen aus Drittländern über den derzeitigen Betrag von 100 DM für wünschenswert, und wenn ja, wird die Bundesregierung Initiativen in dieser Richtung auf EG-Ebene unternehmen?
23. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Wertgrenze für die Zollfreiheit von Geschenksendungen an zwei bzw. drei Personen entsprechend der in den USA geltenden Regelung für wünschenswert, und wenn ja, wird die Bundesregierung Initiativen in dieser Richtung auf EG-Ebene unternehmen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 16. Januar 1987

Die Zollfreigrenze für private Geschenksendungen aus Drittländern ist durch Gemeinschaftsrecht festgelegt. Die Bundesregierung unterstützt Bestrebungen der EG-Kommission, die Freigrenze angemessen zu erhöhen.

Eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Freigrenze je nach der Anzahl der bedachten Personen hält die Bundesregierung dagegen nicht für wünschenswert. Die Zollbehandlung von Geschenkpäckchen würde dadurch erschwert werden, da die Anzahl der zu begünstigenden Personen kein objektives, leicht nachweisbares Kriterium für die Abgabenbefreiung darstellt. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Abfertigungsbeamten und den Beteiligten und daraus herrührende Rechtsstreitigkeiten wären zu befürchten. Ferner würde die Zustellung der Geschenksendungen verzögert werden. Nur durch Rückfragen beim Empfänger dürften nämlich in vielen Fällen Angaben über die Zahl der begünstigten Personen zu erhalten sein. Die gegenwärtige zügige Zollbehandlung von Geschenksendungen, die in aller Regel sofort beim Eingang der Sendung auf Veranlassung der Post ohne Einschaltung des Empfängers durchgeführt wird, wäre damit nicht mehr gewährleistet.

24. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Wie würden sich rechnerisch die Leistungen und Beiträge im Länderfinanzausgleich nach den vorläufigen Zahlen für 1987 verändern, wenn die Gemeindesteuer zu zwei Drittel in die Berech-

nungen der Länderfinanzkraft einbezogen würde und die durchschnittlichen Hebesätze bei der Gewerbesteuer zeitgerecht mit 350% – statt wie seit 1970 mit 250% – gerechnet würden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 16. Januar 1987**

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 zum bundesstaatlichen Finanzausgleich wird eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen mit materieller Wirkung ab 1. Januar 1987 notwendig. Dies ist eine Aufgabe der neuen Legislaturperiode.

Da Einzelheiten der Neuregelung noch nicht festliegen, können auch vorläufige Zahlen zum Länderfinanzausgleich 1987 leider nicht angegeben werden.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Wie viele Konkurse waren im Zonenrandgebiet in den Jahren 1980 bis 1986 (jährlich) zu beklagen, und wie viele Arbeitsplätze sind dabei verlorengegangen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 19. Januar 1987**

Eine Darstellung über die Entwicklung der beantragten Konkursverfahren in den Kreisen des Zonenrandgebietes – soweit die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den beteiligten statistischen Ämtern kurzfristig erstellt werden konnten – füge ich bei.

Die Aufbereitung der Insolvenzzahlen nach Kreisen erfolgt im allgemeinen nur jährlich, so daß für das Jahr 1986 noch keine Darstellung der Insolvenzen des Zonenrandgebietes möglich ist.

Die Zahl der durch Insolvenzen freigesetzten Arbeitskräfte wird von der amtlichen Statistik nicht erhoben.

26. Abgeordneter **Ranker** (SPD) Sind die Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft so zu verstehen, daß er Verbrauch- und Umsatzsteuererhöhungen zur Finanzierung der angekündigten Tarifsenkungen für 1990 ablehnt, daß er sie aber zur Finanzierung der durch einen Gewerbesteuerabbau entstehenden Finanzierungslücke akzeptiert, oder will er auch diese Steuermindereinnahmen von rund 30 Milliarden DM nur durch Streichungen von Subventionen und Haushaltsausgaben ausgleichen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 21. Januar 1987**

Über die Einzelheiten der Steuerstrukturreform werden die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode entscheiden.

Konkursanträge im Bundesgebiet und Zonenrandgebiet

Jahr	Beantragte Konkursverfahren							
	Insgesamt				darunter Unternehmen			
	im Bundesgebiet		im Zonenrandgebiet		im Bundesgebiet		im Zonenrandgebiet ¹⁾	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.
1980	9 059	+ 9,8	651 ²⁾	•	6 241	+ 15,1	235 ²⁾	•
1981	11 580	+ 27,8	815 ²⁾	+ 25,2	8 427	+ 35,0	337 ²⁾	+ 43,4
1982	15 807	+ 36,5	1 535	•	11 849	+ 40,6	776	•
1983	15 999	+ 1,2	1 469	- 4,3	11 734	- 1,0	721	- 7,1
1984	16 698	+ 4,4	1 647	+ 12,1	11 960	+ 1,9	761	+ 5,5
1985	18 804	+ 12,6	1 721	+ 4,5	13 560	+ 13,4	851	+ 11,8

¹⁾ ohne Schleswig-Holstein

²⁾ ohne Niedersachsen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Bundesregierung hat zur Frage der Gewerbesteuer im Jahreswirtschaftsbericht 1987 festgestellt, daß es für eine Reform einer befriedigenden Alternative bedarf, die von allen mitgetragen wird und den Gemeinden einen entsprechenden finanziellen Ausgleich bei Wahrung ihrer Autonomie sichert.

27. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, ob in die Prognose des Hamburgischen Wirtschaftsarchivs für das Jahr 1987 mit einem Wachstum des realen Bruttosozialproduktes von 2,5 v. H. bereits die vorgeschlagene vorgezogene Steuersenkung als stützender Faktor eingegangen ist, wie die Entwicklung des Bruttosozialproduktes ohne die vorgezogene Steuersenkung verlaufen würde, oder ob mit einer solchen Steuersenkung das Wachstum über 2,5 v. H. verstärkt werden soll?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 21. Januar 1987**

Die Prognose des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung geht vom wirtschafts- und finanzpolitischen Status quo aus. Eine vorgezogene Steuersenkung gehört also nicht zu den Grundannahmen für die Voraus-schätzung eines Wirtschaftswachstums von 2,5 v. H. für das Jahr 1987. Ein Vorziehen der 2. Stufe der Steuersenkung wird vom HWWA wegen der im Verlaufe von 1987 von ihm erwarteten Verlangsamung des Konjunkturanstiegs vorgeschlagen. Es führt dazu aus: „Ein Grund ist das Erfordernis, die fundamentale Konstitution der Wirtschaft so bald wie möglich zu stärken . . . Der andere ist kurzfristig-konjunktureller Art; die Nachfragewirkungen einer Steuersenkung wären 1987 durchaus willkommen.“ (Konjunktur von morgen vom 8. Januar 1987). Die Haltung der Bundesregierung hierzu können Sie dem soeben verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht 1987 entnehmen.

28. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung beurteilen und darlegen, in welchen ökonomischen Annahmen insbesondere die Unterschiede zwischen der Plus-1,5-v. H.-Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der 2,5-v. H.-Prognose des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs begründet sind?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 21. Januar 1987**

Der wesentlichste Unterschied zwischen der Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der HWWA-Prognose liegt in der abweichenden Einschätzung der Entwicklung des Außenhandels. Während das HWWA unterstellt, die Ausfuhr könne 1987 real um ca. 2 v. H. zunehmen, erwartet das DIW keinen Anstieg der Exporte. Dadurch lassen sich allein etwa zwei Drittel der unterschiedlichen Wachstumserwartungen erklären. Diese pessimistischere Einschätzung der Auslandsnachfrage durch das DIW dürfte darüber hinaus auch zu vorsichtigeren Annahmen hinsichtlich einzelner Komponenten der Inlandsnachfrage geführt haben.

29. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Welche besonderen Kräfte befähigen den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, am 7. Januar 1987 die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1986 (Bruttosozialprodukt) bekanntzu-

geben, wenn in den meisten Firmen die Lohnabrechnungen und die Umsatzzahlen (15. Januar 1987) noch nicht ermittelt sind bzw. nicht feststehen?

30. Abgeordneter **Kolb**
(CDU/CSU) Wie kann sich die Bundesregierung diese phantastische Schnelligkeit erklären?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 21. Januar 1987**

§ 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 5. Juni 1967 schreibt vor, daß die Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vorlegt, der nach Absatz 1 Ziffer 2 dieses Paragraphen eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion) enthält; die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Zuständigkeit für die Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen für abgelaufene Zeiträume liegt nach dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke beim Statistischen Bundesamt. Das Amt trägt also mit der Veröffentlichung von Sozialproduktsergebnissen für das gerade abgelaufene Jahr bereits im Januar eines jeden Jahres dazu bei, daß die Bundesregierung ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen kann. Die Jahresprojektion der Bundesregierung baut demnach auf amtlichen Daten für das jeweilige Basisjahr auf.

Zu diesem frühen Zeitpunkt liegen allerdings wichtige statistische Indikatoren noch nicht vor, wie Sie richtigerweise feststellen. Das Amt ist somit zu diesem Zeitpunkt immer auf Schätzungen der noch nicht vorliegenden Daten angewiesen. Der Schätzcharakter kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, daß dieser frühe Berechnungsstand als „erstes vorläufiges Ergebnis“ gekennzeichnet wird und sich auf Jahresergebnisse für das Bruttosozialprodukt und seine Untergliederungen beschränkt. Eine statistisch besser abgesicherte Berechnung erfolgt Anfang März; dann können auch Quartalsergebnisse zur Verfügung gestellt werden. Wichtige statistische Ausgangsdaten, insbesondere aus den Jahresabschlüssen der Unternehmen und aus nur in mehrjährigen Abständen stattfindenden Großzählungen, fallen noch später an, so daß immer wieder Revisionen der Ergebnisse volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen notwendig sind.

Wegen des diesmal früheren Termins für die Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts durch die Bundesregierung ist das Statistische Bundesamt gebeten worden, seine erste vorläufige Sozialproduktsberechnung für 1986 ebenfalls etwas früher fertigzustellen. Zu Recht hat das Amt bei der Veröffentlichung auf den diesmal notwendigerweise größeren Schätzanteil hingewiesen.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

31. Abgeordneter **Immer**
(Altenkirchen)
(SPD) Welche Einkommensverluste werden durch die 3prozentige Aufwertung der DM für die deutsche Landwirtschaft eintreten, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls einen Ausgleich herbeizuführen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Florian
vom 20. Januar 1987**

Den deutschen Landwirten sind durch die Anpassung der Währungskurse im Europäischen Währungssystem vom 12. Januar 1987 zunächst keine unmittelbaren Einkommensverluste entstanden, da sich die Marktordnungspreise in der Bundesrepublik Deutschland nicht ändern. Abwertungen in anderen Mitgliedstaaten der EG werden durch entsprechend höhere negative Währungsausgleichsbeträge ausgeglichen. Allerdings sind bei Produkten, deren Preise nicht oder nur in geringem Umfang von Marktordnungen bestimmt werden, wie in der übrigen Wirtschaft gewisse Wettbewerbsnachteile, die sich zahlenmäßig nicht erfassen lassen, nicht auszuschließen.

Die Frage nach Ausgleichszahlungen stellt sich also nicht.

Eventuelle Anpassungen der Umrechnungskurse für die gemeinsamen Agrarpreise („grüne Paritäten“) und der Währungsausgleichsbeträge bedürfen der Zustimmung der EG-Agrarminister.

Die Bundesregierung wird bei der kommenden Preisrunde der Entwicklung der Einkommen der deutschen Bauern im Zusammenhang mit den Währungsfragen besondere Aufmerksamkeit widmen.

32. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wodurch sieht die Bundesregierung gewährleistet, daß die Aufwertung der DM sich nicht nachteilig auf die Landwirtschaft – Landwirte und Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Produkte, z. B. Molkereien – auswirkt?
33. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, mit nationalen Maßnahmen die von der Aufwertung negativ betroffene Landwirtschaft zu unterstützen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Geldern
vom 22. Januar 1987**

Die jetzige Bundesregierung hat 1984 eine Umstellung des Systems des Währungsausgleichs durchgesetzt. Die EG-Agrarpreise werden jetzt – vereinfacht ausgedrückt – in der jeweils stärksten Währung festgelegt. Stärkste Währung im Europäischen Währungssystem ist die DM, so daß es nach den geltenden Regeln durch die Aufwertung der DM vom 12. Januar 1987 weder zu Preissenkungen noch zu einem neuen positiven Währungsausgleich gekommen ist. Die Frage nach nationalen Ausgleichsmaßnahmen stellt sich daher gegenwärtig nicht.

Die währungsbedingten Preisunterschiede werden durch negative Währungsausgleichsbeträge in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. Es liegt in der Verantwortung der EG-Kommission, daß die negativen Währungsausgleichsbeträge konsequent angewandt werden. Außerdem muß sie im Rahmen der in Kürze zu erwartenden Preisvorschläge dafür sorgen, daß über den Abbau negativer Währungsausgleichsbeträge keine Verzerrungen im Wettbewerb und in der Einkommensentwicklung zwischen den Mitgliedstaaten entstehen. Die Bundesregierung wird in der kommenden Preisrunde der Entwicklung der Einkommen der deutschen Bauern im Zusammenhang mit den Währungsfragen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die EG-Agrarminister haben sich am 21. Januar 1987 geeinigt, bis zum Beginn des Milchwirtschaftsjahres 1987/88 einen stufenweisen Abbau des negativen Währungsausgleiches bei Schweinefleisch in Höhe von 1,5 v. H. vorzunehmen.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang durchgesetzt, daß dadurch eventuell entstehende negative Auswirkungen auf die Erzeugerpreise durch höhere Beihilfen für den Export von Schweinefleisch in Drittländer ausgeglichen werden.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Arbeitslose es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die allein eine Familie ernähren müssen, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diesem Personenkreis in besonderer Weise zu helfen?
35. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie groß ist die Zahl der verheirateten Arbeitslosen, deren Ehepartner einer Beschäftigung nachgehen, und welchen Anteil haben die Arbeitssuchenden, die nur eine Teilzeitbeschäftigung suchen, an der Gesamtzahl der Arbeitslosen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Höpfinger vom 3. Oktober 1986

Es werden keine Daten darüber erhoben, wie viele Arbeitslose es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die alleine eine Familie ernähren müssen. Auch über die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen liegen keine derartigen Daten vor. Für die laufende Aufgabendurchführung der Arbeitsverwaltung wäre die Erfassung dieses Merkmals sachfremd. Denn soweit ein Arbeitsloser Antrag auf die Verrückung der Arbeitslosengeld stellt, spielt die Frage, ob er Alleinernährer der Familie ist, keine Rolle. Stellt der Arbeitslose auf Antrag Arbeitslosenhilfe, wird im Zuge der hierfür notwendigen Prüfung der Bedürftigkeit das Einkommen des Ehepartners bedeutsam, weil es dadurch zu einer Ablehnung des Antrages im Einzelfall kommen kann. Generelle Aufzeichnungen über die Ablehnung entsprechender Anträge werden allerdings durch die Bundesanstalt für Arbeit nicht erhoben.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat jedoch in einer besonderen repräsentativen Längsschnittuntersuchung deutscher Arbeitsloser im November 1981 zur Frage der individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit u. a. erhoben, inwieweit der Ehepartner des Arbeitslosen zum Lebensunterhalt mit beiträgt. Dabei wurden Arbeitslose im Alter von 25 und mehr Jahren – zusätzlich zu einer Erstbefragung wenige Wochen nach Beginn der Arbeitslosigkeit – nach eineinhalb Jahren erneut befragt, wobei es in erster Linie darum ging, welche individuellen Probleme – u. a. auch finanzieller Art – während der Arbeitslosigkeit auftraten. Die Untersuchung ist in den Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/1984, S. 454 ff., veröffentlicht.

Arbeitslosen, ob Mitverdiener oder Alleinernährer, stehen die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung, um eine schnelle Wiedereingliederung in den Beschäftigungsprozeß zu ermöglichen.

Es liegen auch keine Daten darüber vor, wie hoch die Zahl der verheirateten Arbeitslosen ist, deren Ehepartner einer Beschäftigung nachgehen. Derartige Daten werden von der Bundesanstalt für Arbeit und ihren Dienststellen nicht erhoben.

Ende August 1986 gab es 2 120 234 Arbeitslose, darunter waren 232 285 oder 11 v. H. Arbeitslose, die eine Teilzeitarbeit suchten.

36. Abgeordneter **Zander** (SPD) Wie hoch war die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit 1980 bis dato?
37. Abgeordneter **Zander** (SPD) Wie viele Personen haben sich im gleichen Zeitraum arbeitslos gemeldet (einschließlich der Mehrfachmeldungen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt vom 19. Januar 1987

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich von 1980 bis 1986 im Jahresdurchschnitt wie folgt entwickelt:

Jahr	Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt	Anstieg zum Vorjahr
1980	888 900	+ 1,5 v. H.
1981	1 271 574	+ 43,1 v. H.
1982	1 833 244	+ 44,2 v. H.
1983	2 258 235	+ 23,2 v. H.
1984	2 265 559	+ 3,2 v. H.
1985	2 304 014	+ 1,7 v. H.
1986	2 228 004	- 3,3 v. H.

Der Zugang an Arbeitslosen hat sich 1980 bis 1986 wie folgt entwickelt:

Jahr	Zugang an Arbeitslosen (Jahressumme)
1980	3 084 068
1981	3 531 038
1982	3 706 655
1983	3 704 185
1984	3 672 791
1985	3 750 240
1986	3 637 266

Statistische Unterlagen darüber, wie häufig ein Arbeitsloser in einem bestimmten Zeitraum von Arbeitslosigkeit betroffen wurde, werden nicht erhoben.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat einen Mehrfacharbeitslosigkeitsfaktor für alle registrierten Arbeitslosen errechnet, dieser lautet für alle Jahre 1974 bis 1985 im Durchschnitt 2,7.

Im übrigen verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung zu den Großen Anfragen des Abgeordneten Auhagen und der Fraktion DIE GRÜNEN zur Arbeitslosigkeit und Lage der Erwerbslosen in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 10/6441).

38. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie das im Statistischen Taschenbuch 1986, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, dargestellte Rentenniveau (Ziffer 7.11) berechnet wird, vor allem ob ab 1983 die Rentenbeträge einschließlich oder abzüglich des jeweiligen Krankenversicherungsbeitrags zugrunde gelegt werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt
vom 19. Januar 1987**

In der Tabelle 7.11 des Statistischen Taschenbuchs „Arbeit und Sozialstatistik“ sind folgende Daten ab 1957 wiedergegeben:

1. der monatliche Bruttorentenbetrag eines Durchschnittsverdieners im Juli,
2. das prozentuale Bruttorentenniveau im Jahresdurchschnitt,
3. das prozentuale Nettorentenniveau im Jahresdurchschnitt.

Die Angaben beziehen sich auf Altersruhegelder (Bestandsrenten) in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten mit 40 und 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren. Die Berechnungsmethoden stimmen mit den Berechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zum Standard-Rentenniveau überein.

Der monatliche Bruttorentenbetrag (1.) wird jeweils für den Monat Juli nach der Rentenformel mit einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100% berechnet. Die Eigenbeteiligung der Rentner an ihren Krankenversicherungsbeiträgen wird dabei nicht berücksichtigt. Setzt man die Summe dieser monatlichen Bruttorentenbeträge im Kalenderjahr ins Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten, erhält man das jahresdurchschnittliche Bruttorentenniveau (2.).

Für die Berechnung des Nettorentenniveaus (3.) werden bei den monatlichen Rentenbeträgen der Zuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag addiert und der Krankenversicherungsbeitrag abgezogen. Der daraus berechnete Rentenzahlbetrag im Kalenderjahr wird ins Verhältnis gesetzt zum durchschnittlichen Nettojahresarbeitsentgelt aller Versicherten. Dieses ergibt sich aus dem durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelt, von dem die durchschnittliche prozentuale Lohnabzugsbelastung aller Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes abgezogen wird. Auf Grund dieser Berechnungsweise zeigen Veränderungen des Nettorentenniveaus repräsentativ an, wie sich die verfügbaren Renten im Vergleich zu den Nettoarbeitsverdiensten aller Arbeitnehmer entwickeln.

39. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Weshalb ist es dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zur Zeit nicht möglich, die Beschäftigungszahl vom 1. Oktober 1986 konkret auszusagen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt
vom 22. Januar 1987**

Das Statistische Bundesamt ermittelt monatlich die Anzahl der Erwerbstätigen im Monatsdurchschnitt. Die Angaben für Oktober 1986 liegen vor und sind bekanntgemacht worden (vgl. zuletzt Statistischer Wochenbericht des Statistischen Bundesamtes Nr. 3 vom 15. Januar 1987). Demnach waren im Oktober 1986 durchschnittlich 26,146 Millionen Personen erwerbstätig, im September 1986 waren es 26,149 Millionen.

An gleicher Stelle sind auch erste Ergebnisse für den November 1986 veröffentlicht worden. Demnach betrug die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Monats November 26,060 Millionen.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

40. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)
- Welche Übungen der in Handorf stationierten Einheiten der Bundeswehr, die ursprünglich künftig auf der Erweiterungsfläche des Standortübungsplatzes Münster-Handorf vorgesehen waren, sollen nach den Vorstellungen des Bundesministeriums der Verteidigung noch durch Verhandlungen mit der britischen Rhein-Armee auf den britischen Truppenübungsplatz Münster-Dorbaum verlagert werden, nachdem, wie Presseberichten zu entnehmen war, eine „große Lösung“, die Verlagerung aller Übungen nach Dorbaum, gescheitert ist, und wann ist mit einem Abschluß und einem Ergebnis dieser Verhandlungen zu rechnen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ermisch
vom 13. Januar 1987**

Die Bundeswehr strebt an, auf den britischen Übungsplatz Münster-Dorbaum – über den derzeitigen Umfang der Mitbenutzung hinaus – die Übungen zu verlagern, von denen Lärmbelästigungen für die Handorfer Bevölkerung und insbesondere für das Kinderheim des Vinzenzwerkes e. V. ausgehen könnten. Hierbei handelt es sich sowohl um Fahr- und Schießübungen als auch um Übungen an Wochenenden und Feiertagen. In Anbetracht der noch laufenden Untersuchungen der britischen Streitkräfte sind genauere Angaben über Ort und Umfang dieser Übungen zur Zeit nicht möglich.

Mit einem Ergebnis der Verhandlungen mit den britischen Streitkräften, auf dessen Grundlage das Raumordnungsverfahren fortgesetzt werden kann, wird noch im ersten Quartal 1987 gerechnet.

41. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)
- Welche baulichen Veränderungen wurden in den Jahren 1985 und 1986 auf der Erweiterungsfläche des Standortübungsplatzes Münster-Handorf vorgenommen, und in welchem Zusammenhang stehen diese Maßnahmen mit den Planungen, diese Fläche künftig in den militärischen Übungsbetrieb, insbesondere in Fahr- und Schießübungen, einzubeziehen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ermisch
vom 13. Januar 1987**

Die Bundeswehr hat auf der Erweiterungsfläche des Standortübungsplatzes Münster-Handorf, die Gegenstand des Raumordnungsverfahrens ist, in den Jahren 1985 und 1986 keine baulichen Veränderungen durchführen lassen. Im Zuge der Kampfmittelräumung auf dem Standortübungsplatz sind lediglich einige Flächen am Rande des Erweiterungsgeländes aus technischen und Zweckmäßigkeitgründen mitentmunitioniert worden.

42. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die fast 50 jungen Männer, die nach Abschluß ihrer Ausbildung beim Marinearsenal Kiel nicht in ein Ausbildungsverhältnis übernommen werden, wenigstens bis zum Beginn ihres Wehrdienstes außerhalb von Dienstposten in Nachwuchsstellen zu beschäftigen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ermisch
vom 19. Januar 1987**

Die Bundesregierung wird sicherstellen, daß alle Auszubildenden des Marinearsenals Kiel, die in diesem Monat ihre Ausbildung erfolgreich beenden und nicht in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen werden können, bis zum Beginn des Wehrdienstes in einem befristeten Arbeitsverhältnis weiterbeschäftigt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

43. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, nachdem eine vom hessischen Sozialministerium veranlaßte Untersuchung die bereits veröffentlichten Berichte des Westdeutschen Rundfunks bestätigt hat, wonach in zahlreichen Spül-, Haarwasch- und Baby-Bademitteln überdosierte Mengen des als krebserregend erkannten Schaummittels Dioxan enthalten ist, damit die Verwendung dieses Stoffes verboten wird?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 21. Januar 1987**

1,4-Dioxan ist ein Stoff, der nach den Vorschriften der Kosmetik-Verordnung zur Herstellung kosmetischer Mittel nicht verwendet werden darf. Jedoch können Spuren von 1,4-Dioxan unabsichtlich in verschiedene Erzeugnisse gelangen, wenn zu ihrer Herstellung Rohstoffe verwendet werden, die von ihrer Synthese her noch Restmengen an diesem Stoff enthalten.

Die festgestellten Restmengen an 1,4-Dioxan sind nach wissenschaftlicher Auffassung gesundheitlich unbedenklich, da die Mengen an 1,4-Dioxan, die nach Anwendung von Spül-, Wasch- und Bademitteln aufgenommen werden könnten, um mehrere Zehnerpotenzen unter der Dosis liegen, die im Tierbereich keine biologischen Veränderungen mehr hervorriefen.

Da im Interesse der Gesundheitsvorsorge auch diese geringen, gesundheitlich unbedenklichen Mengen des Schadstoffs möglichst zu vermeiden sind, prüft das Bundesgesundheitsamt zur Zeit unter Einbeziehung der von ihm einberufenen Kosmetik-Kommission, ob und gegebenenfalls welche Reinheitsanforderungen an die verschiedenen Waschröhstoffe unter gesundheitlichen und technologischen Gesichtspunkten zu stellen sind. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß als Ersatz für dioxanhaltige Rohstoffe solche eingesetzt werden, die möglicherweise andersartige Nebenprodukte enthalten und den Verbraucher hierdurch ebenfalls belasten.

Sollte diese Prüfung ergeben, daß Reinheitskriterien für Waschröhstoffe festgelegt werden müssen, so wird die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen unverzüglich treffen.

Im übrigen mache ich auf die Antworten der Bundesregierung zu den in diesem Zusammenhang gestellten Fragen der Abgeordneten Dr. Jens (Anlage 7 zum Plenarprotokoll 10/235), Menzel (Drucksache 10/6476) und Weinhofer (Plenarprotokoll 10/253, Seite 19707) aufmerksam.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

44. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Bestehen Pläne der Deutschen Bundesbahn, den Bahnhof Uffing am Staffelsee kurz- oder mittelfristig stillzulegen, und entspricht es den Tatsachen, daß das Bahnhofsgebäude von Uffing am Staffelsee zum Verkauf angeboten wird oder werden soll?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 19. Januar 1987

Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn, die für die Betriebsführung in eigener Zuständigkeit entscheidet, plant sie, den Bahnhof Uffing am Staffelsee in den nächsten drei Jahren aus Rationalisierungsgründen vom Stellwerk Murnau aus fernzusteuern. Nach Realisierung dieser Rationalisierungsmaßnahme ist beabsichtigt, das Empfangsgebäude des Bahnhofs Uffing zu veräußern.

45. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Erklärung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn (DB), daß die DB nicht beantrage, den Schienenpersonenverkehr auf der Strecke Bielefeld—Lemgo einzustellen, die Erhaltung und Weiterführung desselben auch über die Zeit nach dem Ende des Modellversuches „Öffentlicher Personennahverkehr des Kreises Lippe“ hinaus?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 21. Januar 1987

Die Deutsche Bundesbahn muß es von dem Fahrgastaufkommen abhängig machen, ob sie nach Ablauf des Modellversuchs ein Verfahren zur Einstellung des Reisezugbetriebes einleiten wird oder nicht. Die Bevölkerung im Einzugsbereich hat also selbst die Möglichkeit, durch eine „Abstimmung per Fahrkarte“ über den Erhalt der Strecke zu entscheiden.

46. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Wird die Deutsche Bundesbahn die dazu notwendigen Investitionen zur zeitgemäßen technischen Instandsetzung der Fahrstrecke als Voraussetzung für einen attraktiven S-Bahn-ähnlichen Betrieb sowie zur Verbesserung des Fahrangebotes durch Verkürzung der Reisezeit mit ebenso zeitgemäßen modernen Dieseltriebwagen im vereinfachten und damit kostensenkenden Taktverkehr bereits während der Laufzeit des Modellversuches tätigen?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 21. Januar 1987**

Nach den Leitlinien der Bundesregierung aus dem Jahr 1983 ist die Deutsche Bundesbahn gehalten, einen Anstieg der ohnehin schon hohen Kostenunterdeckung im Personennahverkehr zu vermeiden. Sie muß daher sorgfältig kalkulieren, ob die durch etwaige Angebotsverbesserungen bedingten Mehraufwendungen auch durch entsprechende Mehreinnahmen ausgeglichen würden.

47. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch Schäden auf der Transitautobahn – bei Bitterfeld – die Verkehrssicherheit auf diesem Abschnitt nicht mehr gewährleistet zu sein scheint?
48. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung auch in diesem Falle bereit, die DDR unter Hinweis auf ihre Instandsetzungsverpflichtung im Rahmen der Transitspauschale zu einer kurzfristigen Beseitigung der Straßenschäden aufzufordern sowie eine Verbesserung des DDR-Pannendienstes zu erreichen?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 21. Januar 1987**

In den Abendstunden des 5. Januar 1987 sind eine größere Zahl von Reisenden, die die Transitautobahn Hermsdorfer Kreuz—Berliner Ring in Richtung Berlin (West) befahren haben, zwischen den Autobahnauffahrten Halle/Saale und Bitterfeld in eine umfangreiche Schadstelle geraten und haben hierbei z. T. erhebliche Schäden an ihren Kraftfahrzeugen erlitten. Wegen der notwendigen Pannen- und Abschlepphilfe hat es Schwierigkeiten mit z. T. stundenlangen Wartezeiten gegeben.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Unfallstelle inzwischen – soweit dies die gegenwärtigen Witterungsverhältnisse zulassen – instandgesetzt oder zumindest ausreichend gesichert ist. Wegen der Verbesserung des von der DDR zu gewährleistenden Pannen- und Abschleppdienstes sind in der Transitkommission bereits mehrfach Erörterungen angestellt worden; die Vorfälle vom 5./6. Januar 1987 sollen in diese Erörterungen einbezogen werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

49. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung noch vor dem Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 die Ergebnisse der Biblis-Kommission bekanntgeben?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 14. Januar 1987**

Der Bericht der Biblis-Kommission liegt jetzt vor. Die Veröffentlichung ist für Anfang nächster Woche vorgesehen.

50. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD) Wird die Bundesregierung in Kürze auch den Block B des Kernkraftwerks Biblis auf technische und organisatorische Sicherheit überprüfen, und falls nicht, aus welchen Gründen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 14. Januar 1987**

Wie Ihnen bereits Bundesminister Dr. Wallmann mit Schreiben vom 2. Dezember 1986 mitgeteilt hat, ist nicht beabsichtigt, auch den Block B des Kernkraftwerks Biblis durch die IAEO überprüfen zu lassen. Dies ist nach der Untersuchung des Blocks A nicht mehr sinnvoll, da die Konzeption der Betriebsführung, die im wesentlichen bei einer OSART-Überprüfung untersucht wird, für beide Blöcke gleich ist. Für den überwiegenden Teil der inspizierten Gebiete ist sogar dieselbe Mannschaft verantwortlich, so daß eine zusätzliche Überprüfung des Blocks B keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Betriebsführung erwarten läßt. In die Sicherheitsüberprüfung, die zur Zeit als Folge des Tschernobyl-Unfalls durch die Reaktorsicherheitskommission durchgeführt wird, wird jedes einzelne Kernkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. auch jeder der beiden Blöcke des Kernkraftwerkes Biblis, einbezogen.

51. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD) Wird die Bundesregierung die Ergebnisse der hessischen Biblis-Kommission in ihre Überlegungen zur Sicherheit des Kernkraftwerkes Biblis einbeziehen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 14. Januar 1987**

Hier verweise ich auf die Beantwortung Ihrer Fragen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 5. November 1986 (Plenarprotokoll 10/242).

52. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD) Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung weiterhin an der steuerlichen Förderung von Dieselfahrzeugen fest, obwohl die krebsfördernde Wirkung der Abgase wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesen wurde?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 21. Januar 1987**

Im Hinblick auf die gasförmigen Emissionen hält der Diesel-Personenkraftwagen die in Luxemburg für schadstoffarme Personenkraftwagen festgelegten Grenzwerte, überwiegend sogar die scharfen US-Grenzwerte, ein. Daher ist die Steuerbefreiung des Diesel-Personenkraftwagens, die nur die Hälfte der steuerlichen Förderung des Benzinfahrzeugs erreicht, gerechtfertigt.

Ein Problem bei Diesel-Fahrzeugen sind die Partikelemissionen. In einem internationalen Symposium in Japan im Sommer 1986 und in einem Fachgespräch im Umweltbundesamt am 3. November 1986 wurde hierzu festgestellt, das Risiko einer krebserregenden Wirkung sei zwar nicht auszuschließen, aber als gering zu bewerten.

Es gebe keine Befunde über eine tatsächliche Gesundheitsgefährdung des Menschen und keine wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Wirkung der im Straßenverkehr üblichen, relativ geringen Partikelkonzentrationen.

Auf Grund des von der Bundesregierung in der Umweltpolitik angewandten Vorsorgeprinzips sind die Partikelemissionen von Dieselfahrzeugen so niedrig wie möglich zu halten. Die EG-Kommission hat einen Vorschlag zur Begrenzung der Partikelemissionen vorgelegt, der am 24./25. November 1986 im Umweltministerrat beraten wurde. Die Positionen der Mitgliedstaaten liegen noch weit auseinander, so daß eine Einigung nicht möglich war. Für die Bundesrepublik Deutschland ändert dies nichts, da die derzeit bei uns neu in den Verkehr kommenden Dieselfahrzeuge bereits nahe bei den US-Grenzwerten liegen. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß auf der nächsten Sitzung des Umweltministerrats eine dem Stand der Technik entsprechende Regelung verabschiedet wird.

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

53. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Warum hat die Deutsche Bundespost sechs Monate nach zugesagter Inbetriebnahme den Sender „Hohe Wurzel“ zur Versorgung des Raumes Rheinhessen-Mainz mit den Programmen des landesweiten privaten UKW-Hörfunksenders Radio 4 in Rheinland-Pfalz noch immer nicht zugeschaltet?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Florian vom 22. Januar 1987

Es trifft zu, daß die Deutsche Bundespost (DBP) beabsichtigt hat, den Senderstandort „Hohe Wurzel“ für die Ausstrahlung von UKW-Programmen rheinland-pfälzischer Veranstalter zu nutzen.

Auf Grund einer Klage des Hessischen Rundfunks hat jedoch das Verwaltungsgericht Wiesbaden es der DBP untersagt, von dem in Hessen (in der Nähe von Wiesbaden) gelegenen Senderstandort „Hohe Wurzel“ Programme rheinland-pfälzischer Veranstalter für Hörer in Rheinland-Pfalz auszustrahlen.

Nach der (nicht rechtskräftigen) Entscheidung darf somit auf diesem Standort z. Z. kein Sender für die Veranstaltergemeinschaft Radio 4 betrieben werden.

54. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Sollte die Schaltung des Senders „Hohe Wurzel“ durch rechtliche Probleme mit dem Land Hessen verhindert werden, warum hat die Deutsche Bundespost dann nicht den privaten Hörfunkveranstaltern insbesondere in Mainz, von wo aus sieben Stunden Regionalprogramme gemacht werden, einen vor allem in der terrestrischen Ausbreitung gleichwertigen Sender angeboten, anstatt zwischen einem kleinen Stadtsender, der Mainz auch nur teilweise abdeckt, und dem Ersatzsender Wolfsheim, der nicht die notwendige Stärke hat, hin und her zu schalten und damit bei Veranstaltern und Hörern Verwirrung zu stiften?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Florian
vom 22. Januar 1987**

Der UKW-Senderstandort „Hohe Wurzel“ ist u. a. auf Grund seiner topographischen Lage die wirtschaftlich und frequenztechnisch günstigste Lösung, um den Großraum Mainz und den rheinland-pfälzischen Teil von Rheinhessen mit Hörrundfunkprogrammen neuer Veranstalter zu versorgen.

Eine gleichwertige Versorgung von nur einem alternativen Standort aus ist nicht möglich; vielmehr wären mehrere Standorte mit weiteren leistungsstarken Frequenzen – die nicht vorhanden sind – notwendig.

Nach der untersagten Inbetriebnahme des Senders „Hohe Wurzel“ wurde zur provisorischen Versorgung der Sender Mainz (Fernmeldeturm) im Juli 1986 in Betrieb genommen. Um die Versorgungsnachteile auszugleichen, hat die Deutsche Bundespost kürzlich den leistungsstärkeren Sender Wolfsheim – zur besseren Versorgung von Rheinhessen – und einen Sender kleiner Leistung – zur besseren Versorgung der Stadt Mainz – errichtet.

Diese Lösung stellt eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Provisorium (Fernmeldeturm Mainz) dar; sie wird aber weiterhin im Vergleich zur Versorgung vom Standort „Hohe Wurzel“ mit einigen Qualitätseinbußen behaftet sein.

55. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie gedenkt die Deutsche Bundespost (DBP) nach der geplatzten Zusage für den Sender „Hohe Wurzel“ die Verluste auszugleichen, die die Veranstalter insbesondere in Mainz im Vertrauen auf die ihnen ursprünglich verteilten Senderpläne der DBP erlitten haben, weil bei weitem nicht all die Gewerbetreibenden als Werbekunden gewonnen werden können, die bei Schaltung des Senders „Hohe Wurzel“ möglich gewesen wären, und weil Werbekunden Aufträge stornieren, weil das Programm von Radio 4 im Raum Mainz nicht zuverlässig empfangbar ist?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Florian
vom 22. Januar 1987**

Der vorgesehene UKW-Sender auf dem Standort „Hohe Wurzel“, der u. a. auch Mainz gut versorgt hätte, konnte lediglich wegen der oben genannten Gerichtsentscheidung nicht in Betrieb genommen werden.

Solange über die von der Deutschen Bundespost (DBP) eingelegte Berufung nicht entschieden ist, hat die DBP die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden zu respektieren.

Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage eines Ausgleichs für angeblich verminderte Werbeeinnahmen nicht.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

56. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den 100. Geburtstag von Nikolaus Ehlen am 9. Dezember 1986 zum Anlaß nehmen, sein Lebenswerk als Siedlervater und Philosoph in gebührender Form zu würdigen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 10. Dezember 1986**

Im „Bundesbaublatt“ wird Nikolaus Ehlen als „Siedlervater“ in gebührender Form gewürdigt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

57. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie viele Institute von Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland sich zur Zeit mit dem Problem AIDS befassen?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 19. Januar 1987**

Die Forschung zu AIDS wird im wesentlichen getragen von einschlägigen Instituten an den Universitäten und Forschungseinrichtungen des Bundes und der Länder. Der Bundesregierung kann daher nicht in jedem Einzelfall bekannt sein, welche wissenschaftlichen Institute forschungsmäßig über AIDS arbeiten; sie geht jedoch davon aus, daß bei dieser wichtigen Fragestellung die einschlägigen Institute (Virologie, Immunologie, Mikrobiologie etc.) und Kliniken (Innere Medizin, Hautkliniken etc.) in der Forschung mitarbeiten.

Unmittelbarer Einblick in das AIDS-bezogene Forschungsgeschehen besteht bei den im Rahmen der Regierungsprogramme „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“, Schwerpunkt AIDS, und „Biotechnologie“ geförderten Forschungsvorhaben. Hier wurden bis zum 31. Dezember 1986 43 Vorhaben aus Bundesmitteln finanziell unterstützt. Ab 1. Januar 1987 wurden neun weitere Vorhaben in die Förderung aufgenommen.

Die Antragsteller in diesem Förderprogramm kommen zu
61 v. H. aus universitären Einrichtungen,
20 v. H. aus Forschungseinrichtungen der Länder,
17 v. H. aus vom Bund getragenen Forschungsstätten,
2 v. H. aus Bereichen der Industrie.

Weitere Forschungsvorhaben werden durchgeführt im Rahmen der regulären Haushalte bundeseigener Einrichtungen wie Bundesgesundheitsamt (BGA) und Paul-Ehrlich-Institut (PEI) in Frankfurt wie auch mit Bundesmitteln finanzierter Forschungseinrichtungen wie Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH München, Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg, Deutsches Primatenzentrum Göttingen und Bernhard-Nocht-Institut Hamburg.

Weitere Mittel für die AIDS-Forschung stehen zur Verfügung aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Länder und über die regulären Institutsetats der einschlägigen Hochschulinstitute.

58. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß diese Forschungseinrichtungen nicht über genügend Forschungsmittel verfügen, bzw. welche Forschungsmittel werden diesen Institutionen zur Verfügung gestellt?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 19. Januar 1987**

Soweit die Forschungsanstrengungen der eben genannten Einrichtungen angesprochen sind, trifft es nach derzeitigem Diskussionsstand nicht zu, daß wichtige und qualitativ ausgewiesene FuE-Vorhaben aus Mangel an Forschungsmitteln nicht durchgeführt werden können.

Wegen der hohen gesundheitspolitischen Bedeutung des Themas werden diese Einrichtungen durch Umwidmung verfügbarer Haushaltsmittel den AIDS-bezogenen Forschungsfragestellungen eine noch höhere Priorität einräumen. So schätzen allein Bundesgesundheitsamt (BGA) und Paul-Ehrlich-Institut (PEI) ihre Eigenaufwendungen für die AIDS-Forschung mit jährlich etwa 1,5 Millionen DM ab.

Im Rahmen des Beratungsverfahrens zu den in den Programmen „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ und „Biotechnologie“ vorgelegten Anträge ist noch kein wissenschaftlich qualifizierter Antrag an mangelnden Finanzmitteln gescheitert.

In 1986 und 1987 wurden aus Mitteln dieser Programme bisher 22 Millionen DM für AIDS-Forschungsvorhaben bereitgestellt. Durch Einstellung entsprechender Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 1988 und folgende wird sichergestellt, daß auch künftig kein vernünftiges FuE-Vorhaben an der Frage der Finanzierung scheitert.

- | | |
|---|--|
| 59. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Gedenkt die Bundesregierung, trotz der militärischen Nutzungsabsicht der USA weiterhin im Rahmen des europäischen COLUMBUS-Projekts sich an der US-Raumstation zu beteiligen? |
| 60. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Welche zeitlichen und inhaltlichen Auswirkungen wird es für die Sach- und Finanzplanungen des europäischen COLUMBUS-Projekts haben, wenn die USA die Raumstation militärisch nutzen? |

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

Die Fragen gehen davon aus, daß die Raumstation militärisch genutzt werden soll. Dies hat die amerikanische Regierung den europäischen Partnern bisher nicht mitgeteilt.

- | | |
|---|---|
| 61. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Durchsetzung der deutschen und europäischen Interessen an der Materialforschung unter Schwerelosigkeit im Zusammenhang mit dem Projekt US-Raumstation/COLUMBUS noch? |
|---|---|

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

Die Frage der Nutzung der Raumstation für einzelne wissenschaftliche und technische Bereiche ist Gegenstand der z. Z. noch laufenden Projektdefinitionsphase (Phase B) in Zusammenarbeit zwischen ESA und NASA, die bis Ende Mai abgeschlossen sein wird. Die europäischen Partner haben hierbei deutlich unterstrichen, daß die Materialforschung unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit für sie ein äußerst wichtiger

Nutzungsbereich für ihren Beitrag zur Raumstation sein wird. Die USA haben dem nicht widersprochen. Eine endgültige Bewertung des Verhandlungsergebnisses auch in dieser Hinsicht wird erst nach Abschluß der Projektdefinitionsstudien und nach Abschluß der Regierungsverhandlungen möglich sein.

62. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welches war das Angebot von Präsident Reagan beim Weltwirtschaftsgipfel 1984, mit dem er die interessierten Partner zu einer Beteiligung an der US-Raumstation eingeladen hat?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

Präsident Reagan hat am 25. Januar 1984 im Rahmen seines jährlichen allgemeinen „Berichts zur Lage der Nation“ die befreundeten Länder zu einer Beteiligung an Bau und Nutzung einer ständig bemannten Raumstation eingeladen. Hierzu heißt es wörtlich:

„We can follow our dreams to distant stars, living and working in space for peaceful, economic and scientific gain. Tonight, I am directing NASA to develop a permanentlymanned space station, and to do it within a decade.

A space station would permit quantum leaps in our research in science, communications, and in metals and in life-saving medicines which could be manufactured only in space. We want our friends to help us meet these challenges and share in their benefits. NASA will invite other countries to participate so we can strengthen peace, build prosperity, and expand freedom for all who share our goals.“

In der Erklärung des Londoner Weltwirtschaftsgipfeltreffens vom 7./9. Juni 1984 über Wirtschaftsfragen heißt es hierzu unter Ziffer 16:

„Wir glauben, daß bemannte Raumstationen zu den Programmen gehören, die die technologische Entwicklung anregen und damit zu einer Stärkung der Wirtschaft und einer verbesserten Lebensqualität führen. Einige unserer Länder arbeiten bereits an derartigen Raumstationen, mit dem Ziel, sie im Rahmen nationaler oder internationaler Programme in Umlauf zu setzen. In diesem Zusammenhang wird jedes unserer Länder die großzügige und aufmerksame Einladung des Präsidenten der Vereinigten Staaten an die anderen Teilnehmerstaaten des Gipfels sorgfältig in Erwägung ziehen, sich an der Entwicklung einer solchen Raumstation durch die Vereinigten zu beteiligen. Wir begrüßen die Absicht der Vereinigten Staaten, dem nächsten Gipfel über die internationale Teilnahme an ihrem Programm zu berichten.“

63. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Kann die Europäische Weltraumagentur (ESA) in Paris sich an militärischen Projekten beteiligen, und wie lauten die entsprechenden Satzungsbestimmungen der ESA?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

Artikel II des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation lautet: „Zweck der Organisation ist es, die Zusammenarbeit europäischer Staaten für ausschließlich friedliche Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen im Hinblick auf die Nutzung für die Wissenschaft und operationelle Weltraumanwendungssysteme sicherzustellen und zu entwickeln“

Die Programme der Europäischen Weltraumorganisation ESA haben sich an dieser Zweckbestimmung zu orientieren.

64. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Treffen die Meldungen verschiedener Zeitungen in den letzten Tagen zu, wonach das US-Verteidigungsministerium die geplante US-Weltraumstation für seine Zwecke nutzen möchte?
65. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Seit wann liegen der Bundesregierung die diesbezüglichen Informationen vor, und wann denkt die Bundesregierung den Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages über diese völlig geänderte Lage zu unterrichten?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

Die amerikanische Regierung hat bisher den europäischen Verhandlungspartnern einen solchen Wunsch des amerikanischen Verteidigungsministeriums nicht übermittelt.

66. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Welches ist der aktuelle Zeitplan der zwischen der US-Seite und der europäischen Seite vereinbarten Verhandlungen über die Beteiligung der Europäer an der US-Raumstation, und wurde er durch die Intervention des US-Verteidigungsministeriums verändert?

**Antwort des Bundesministers Dr. Riesenhuber
vom 21. Januar 1987**

In der zweiten Februarwoche ist in Washington ein Treffen zwischen den Verhandlungspartnern USA, Japan, Kanada und Europa geplant, bei dem die amerikanische Seite eventuelle neue Textvorschläge für die Regierungsvereinbarungen erläutern will. Die nächste Verhandlungsrunde mit den europäischen Partnern ist dann für die letzte Februarwoche in Paris vorgesehen.

Beide Seiten streben an, die Verhandlungen bis spätestens Sommer dieses Jahres abzuschließen. Dieser Zeitplan ist durch die amerikanische Regierung bisher nicht in Frage gestellt worden.

Bonn, den 23. Januar 1987

